

Wirtschaftliche Entwicklung lebensnotwendig für Bosnien-Herzegovina

von Marcel van den Heuvel, Amsterdam

Am 23. und 24. Mai diesen Jahres kamen die Mitglieder des *Peace Implementation Council* und die Führer Bosnien-Herzegovinas in Brüssel zusammen, um den Fortschritt und die Entwicklung des Landes zu diskutieren. Der *council* unterzeichnete den Plan des *High Representative* zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Beschleunigung der Rückkehr der Flüchtlinge und zur Verstärkung der *common institutions*.

Anfang diesen Jahres beendete ich meinen Auftrag zur Unterstützung des bosnischen Ministeriums für Außenhandel und Wirtschaftliche Beziehungen bei der Entwicklung einer Handels- und Investitionspolitik. Dieses Projekt, welches die Gründung einer entsprechenden Vertretung zum Ziel hatte, wurde 1996 ins Leben gerufen und gipfelte in einem geschulten Team bosnischer Mitarbeiter, konzeptioneller Gesetzgebung und einer funktionstüchtigen Behörde. Leider fehlte es jedoch an struktureller Finanzierung sowie der Bereitschaft, die erforderliche Gesetzgebung zu implementieren und das Projekt auch tatsächlich in Gang zu setzen. Verantwortlich dafür sind die bosnische Innenpolitik und die chaotische Finanzierungsstruktur der Europäischen Kommission. Es ist denn auch mit Entsetzen festzustellen, dass im Jahr 2000 die wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung noch immer die höchste Priorität genießt. Die Berichterstattung des *council* ließ mich an einen Artikel denken, den ich vor einigen Jahren für die niederländische Zeitung *NRC Handelsblad* schrieb: In den vergangenen Jahren hat sich in Bosnien-Herzegovina wenig verändert.

In vielen Ländern hat sich die Diskussion um Hilfe für Bosnien-Herzegovina von neuem entfacht an dem Unvermögen der Kroaten, Serben und Moslems, eindeutige Absprachen zu treffen, welche das Land Bosnien-Herzegovina dringend nötig hat. Macht es eigentlich noch Sinn, so viel Energie in ein Land zu stecken, dessen Zukunft so unsicher ist?

Alle wissen, dass die internationale Truppenmacht (SFOR) nicht ewig bleiben kann. Obwohl über die Dauer des Mandats spekuliert wird, ist sich die internationale Gemeinschaft darüber im klaren, dass die Anwesenheit von Truppen während der nächsten Jahre weiterhin unumgänglich ist. Gleichzeitig muss durch die Einführung einer soliden Politik und eines Wirtschaftssystems eine alternative Garantie für den Frieden entwickelt werden. Wirtschaftliche Integration zwischen den Entitäten untereinander und Verstärkung der Verbindung zur internationalen Wirtschaft sind die einzige Möglichkeit, um zu einem dauerhaften Frieden in dieser Region zu gelangen. Bemerkenswerterweise ist festzustellen, dass diese Beobachtung auch von den Kroaten, Serben und Moslems geteilt wird. Ohne Zusam-

menarbeit existiert keine wirtschaftliche Zukunft für die Republiken des ehemaligen Jugoslawien. Und auch wenn es Generationen dauern wird, bevor der Konflikt aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden ist, ist es die heutige Generation, die mit dem Aufbau einer dauerhaften Politik und eines wirtschaftlichen Systems beginnen muss.

Es bestehen meines Erachtens zwei Erwägungen, die in dieser Diskussion von Bedeutung sind. An erster Stelle steht, dass internationale Hilfe weiterhin wünschenswert ist. Nicht, dass diese meiner Meinung nach zur Diskussion stünde, doch stellt sich die Frage, ob die vielen Millionen tatsächlich auf die effektivstmögliche Weise eingesetzt werden. In der Vergangenheit hat die Unterstützung Bosnien-Herzegovinas im Zeichen der Aushilfe und des Wiederaufbaus gestanden. Hierdurch wurde Menschen geholfen und ein Beitrag zum Wiederaufbau der Infrastruktur geleistet. Der Schaden ist enorm und wird derzeit mit 10–15 Milliarden US-Dollar veranschlagt; auf der ersten Spenderkonferenz, die am 12. April 1999 in Brüssel abgehalten wurde, bezifferte die Weltbank für die kommenden Jahre einen sofortigen Bedarf in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar. Tatsache ist auch, dass momentan für die Durchführung überfälliger Instandsetzungsarbeiten viel Geld ausgegeben wird, die nicht durch den Krieg, sondern durch jahrelange Verwahrlosung verursacht worden sind.

Daneben besteht ein immenser Bedarf an Entwicklung der staatlichen Instanzen. Derzeit ist der Mangel an Wissen, Gesetzgebung und Führung die maßgebliche Ursache für eine schlecht funktionierende Staatswirtschaft. Die Zurückhaltung der Entitäten erschwert die Arbeit für den Staat zusätzlich. Darüber hinaus wird das qualitativ gute Personal durch die internationale Gemeinschaft abgeworben, welche Einkommen anbietet, die 3–5mal höher als die vom Staat bezahlten sind. Diese Faktoren tragen zu einem mäßig bis schlecht funktionierenden Beamtenapparat und zunehmender Korruption bei. Neben politischen Beweggründen sind für die Behinderungen, welchen die internationale Gemeinschaft begegnet, möglicherweise noch wichtigere Erklärungen zu finden. In den vergangenen Jahren hat der Einsatz von Spendengeldern einzig bedeutenden Politikern und Unternehmern der verschiedenen Entitäten neu erworbenen Reichtum und politische Macht eingebracht. Positionen wurden erreicht, die niemand ohne weiteres aufgeben wollen wird.

Die Niederlande sind ein großzügiger Geldgeber, seit 1996 werden jährlich 255 Millionen Gulden zur Verfügung gestellt und kürzlich wurden der Region 500 Millionen Gulden pro Jahr in Aussicht gestellt. Die Hilfe, die unser Land bereit stellt, fällt vornehmlich in die Kategorie Aushilfe, Wiederaufbau und Mitfinanzierung von Projekten der

Weltbank und der übrigen multinationalen Organisationen. Wie wichtig diese Hilfe auch ist, sie trägt nur in geringem Maße zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und zur Verbesserung des Lebensstandards bei. Und das, obwohl die Existenz Bosnien-Herzegovinas in den kommenden Jahren mit dieser Entwicklung steht und fällt.

Es steht nicht gut um Bosnien-Herzegovina. Die wirtschaftliche Entwicklung stagniert, die Arbeitslosigkeit ist enorm hoch und mit der Aushaltung der (gezwungenermaßen) zurückkehrenden Flüchtlinge wird die Lage nicht einfacher. Das durchschnittliche Einkommen liegt noch unter 400 DM pro Monat und die Arbeitslosigkeit bei 42,5% (Quelle: OHR/Juni 2000). Das Ausbleiben nennenswerter ausländischer Direktinvestitionen spielt der Wirtschaft einen Streich. 1998 wurden ca. 635 Joint-ventures gegründet, aber nur in 5% aller Fälle ging es dabei um substantielle Joint-ventures. Europäische Unternehmen nehmen eine abwartende Haltung in Bezug auf Bosnien-Herzegovina ein. Paradoxe Weise besteht gleichwohl genügend Interesse seitens der (internationalen) Wirtschaft. Leider scheint das Investieren in andere Wachstumsländer wie Polen, die Tschechische Republik oder Ungarn anziehender und einfacher zu sein. Das Interesse ausländischer Unternehmen bezieht sich hauptsächlich auf die Submissionen der Weltbank, Europäischen Union etc.

Nur mit Mühe sind europäische Betriebe dazu zu bewegen, ernsthaft nach Investitionsmöglichkeiten in Bosnien-Herzegovina zu suchen. Informationen über Gelegenheiten, Partner, staatliche Submissionen (Weltbank, EBRD etc.) sowie Gesetzgebung und Regulierungen scheinen begehrt, sind aber schwer zu erhalten. Andererseits besteht ein großes Bedürfnis nach Informationen dieser Art. Im Zeitraum von 1997 bis 1999 war es möglich, sie über das Bosnische Ministerium für Ausländischen Handel und Wirtschaftliche Beziehungen sowie eine provisorisch eingerichtete Vertretung zu beziehen. In diesem Zusammenhang hat sich die niederländische Regierung bemüht, zusammen mit der bosnischen Regierung ein *one-stop-one* einzurichten. Letztlich musste dieses Projekt mit europäischen Geldern strukturell finanziert werden. Allerdings wird diese Initiative durch die Bürokratie der Europäischen Kommission behindert.

Im Jahre 1998 wurde unter der Leitung des OHR ein Leitplan veröffentlicht, welcher die Gründung einer *Foreign Trade and Investment Agency* befürwortete. Es hat bis Anfang dieses Jahres gedauert, bis die Europäische Kommission den Plan übernahm. Voller Entsetzen muss man feststellen, dass heute eine Kopie des niederländischen Projekts auf dem Submissionswege verdingt wird. Dies um so mehr, als die *terms of reference* vom Unterzeichneten stammen. Positiv ist allerdings zu verzeichnen, dass dadurch – auch wenn es vier Jahre gedauert hat – ein struktureller Beitrag zur tatsächlichen Förderung des Außenhandels und der Investitionen erbracht wird. Falsch ist hingegen die Ansicht, dass es inzwischen mehr als einer derartigen Vertretung bedarf, um ausländische Investoren umzustimmen.

Andererseits bestehen noch immer ernsthafte Probleme, die die ausländischen Investoren entmutigen. Die politische Lage ist noch immer alles andere als klar. Nationale Politiker sägen sich gegenseitig die Äste ab, auf denen sie sitzen. Kroaten, Serben und Moslems vereiteln jede Überlegung, die der Vereinbarung von Dayton zum Erfolg verhelfen könnte. Und obschon Wahlen nahen, scheint die Opposition keinen Fuß auf den Boden zu kriegen. Vielmehr bietet die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung keine Zukunftsperspektiven und treibt sie in die Arme der nationalistischen Parteien. Die durch die internationale Gemeinschaft beabsichtigte Integration und Zusammenarbeit bleibt aus und so mancher beginnt sich offen zu fragen, ob Bosnien-Herzegovina als souveräner Staat überhaupt noch eine Existenzberechtigung hat. Und das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Der Kosovo hat ein deutlich abweisendes Signal gegeben an diejenigen Betriebe, die sich dem Balkan zögerlich zugewendet haben. Die scheinbar unantastbare Position des serbischen Präsidenten Milosović ist denn auch nicht gerade eine Werbung für die Region.

Eine mögliche Lösung dieser Schwierigkeiten liegt in der zusätzlichen Unterstützung des internationalen Wirtschaftslebens durch das Zusammenführen von Partnern (*match-making*), die Eröffnung neuer Finanzierungsmöglichkeiten sowie Qualitätssteigerung. Die internationale Gemeinschaft muss die Initiative ergreifen, um die an sich aussichtslose Lage positiv zu beeinflussen. Der niederländische Premier Wim Kok hielt anlässlich der Marshallplan-Gedächtnisfeier vor einigen Jahren ein Plädoyer für private Investitionen in Osteuropa und betonte die Notwendigkeit, auf diese Weise modernes Management, technisches Wissen und Kapitalfluss in die Region zu bringen. Dies impliziert ein *hands-on-Vorgehen*, für das es in Bosnien-Herzegovina jedoch im Moment kein Know-how gibt. Während jeder Spenderkonferenz für Bosnien-Herzegovina wird die wirtschaftliche Entwicklung und Steigerung des Lebensstandards in Bosnien-Herzegovina betont: das Verstärken von Investitionen, wodurch wiederum Arbeitsplätze entstehen und Wachstum angekurbelt wird. Die These ist dagegen, dass Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum Vertrauen und Glaube in die Zukunft bringen, welche sich in einem pluriformen politischen System widerspiegeln. Tatsächlich geschieht hier derzeit nur wenig und verfällt auch der letzte *council* allein in erbauliche Worte.

Wie wichtig und notwendig Aushilfe und Wiederaufbau auch sind, Bosnien-Herzegovina kann als selbständiger Staat nur dann überleben, wenn die Bevölkerung einsieht, dass Friede wirtschaftlichen Wohlstand bringt und nur darin eine hoffnungsvolle Zukunft liegt. Das bedeutet nicht, dass sich der Akzent der ausländischen Hilfe verschieben muss in Richtung Verstärken und Fördern von Investitionen und damit Arbeitsplätzen. Es ist vielmehr lebensnotwendig, dass hierzu ein Instrumentarium geschaffen wird.

Insgesamt macht es gleichwohl Sinn, Geld und Wissen in den Staat Bosnien-Herzegovina zu investieren. Das Land

hat allerdings mehr nötig als Geld von Spenderländern und internationalen Organisationen. Ausländische Investitionen und *institution building* sind im Moment wichtiger denn je, nur dürfen sie nicht auf das Produzieren von „Papiertigern“ beschränkt bleiben. Es ist auch nicht ausreichend, eine Vertretung zur Bereitstellung von Informationen über die internationale Wirtschaft ins Leben zu rufen. Inzwischen ist es vielmehr an der Zeit, aktiv eine wirtschaftliche Entwicklungsgesellschaft einzuführen, welche mit Hilfe eines modernen Apparats, bosnische Partner in technischer (Management-)Hinsicht begleiten, Exportkredite zur Verfügung stellen und *match-making*-Projekte initiieren kann. Die Lebensfähigkeit Bosnien-Herzegovinas steht und fällt mit dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Niederlande und die Europäische Kommission müs-

sen die Initiative ergreifen und ihr Augenmerk auf vereinte Hilfe legen, auf Maßarbeit. Nur wenn sich die Wirtschaft vergegenwärtigt, dass sich in Bosnien-Herzegovina Geld verdienen lässt, entsteht dort ein wirkliches Interesse. Es ist jedoch weiter erforderlich, Voraussetzungen an diese Form vereinter Hilfe zu knüpfen, so dass tatsächlich Investitionen stattfinden und die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien-Herzegovina angekurbelt wird. Nur dann hat das Land ein Daseinsrecht und kann der Friede bestehen bleiben.

Übersetzung aus dem Niederländischen: Dr. Birgit Reuter

Marcel van den Heuvel ist Wirtschaftsberater, 1996–1998 arbeitete er als Berater des Ministers für Außenhandel und Wirtschaftliche Beziehungen in Bosnien-Herzegovina.